

Deliberative Politik und demokratische Legitimität: Perspektiven der Kritik zwischen empirischer Deliberationsforschung und reflexiver Demokratie

Thomas Saretzki

1 Einleitung

Vor einem Vierteljahrhundert haben die friedlichen Revolutionen von 1989 in Mittel- und Osteuropa eine Welle der Demokratisierung angestoßen, die viele politische Systeme erfasst und transformiert hat. Diese Demokratisierungswelle ging auch innerhalb der etablierten westlichen Demokratien mit einer Vielzahl anhaltender demokratischer Proteste einher, in deren Rahmen die Legitimität bestehender institutioneller Strukturen und Verfahren der politischen Problembe- arbeitung und Konfliktregelung in Frage gestellt wurde. In Gesellschaft und Politik begann eine verstärkte Suche nach neuen Formen der demokratischen Beteiligung und neuen Ansätzen der politischen Kommunikation mit und unter den Bürgern. Für die Politikwissenschaft entstand so ein vielfach unerwarteter Anschauungsunterricht über die veränderte Rolle engagierter Bürger in der Öff- entlichkeit und die Möglichkeiten und Grenzen von runden Tischen und ande- ren demokratischen Experimenten. Damit gab es zugleich einen neuerlichen externen Anstoß, die demokratische Frage nach der Gründungsphase der deut- schen Politikwissenschaft in der Nachkriegszeit und den Debatten der 1960er und 1970er Jahre ein weiteres Mal ganz oben auf die Agenda der fachlichen Diskussion zu setzen.

Im Rahmen der theoretischen Reflexion über diese „demokratische Trans- formation moderner Politik“ tauchten allerdings neben neuem Selbstvertrauen in die Fähigkeiten einer engagierten Bürgergesellschaft auch rasch wieder alte Zwei- fel an den Möglichkeiten und an der Wünschbarkeit einer Demokratiereform auf, die deutlich über das bestehende institutionelle System hinaus geht. Damit wurde auch die Frage nach den „strukturellen, institutionellen und subjektiven Anforde- rungen an die ‚weitergehende Demokratisierung real existierender Demokratien‘“ (Schmalz-Bruns 1995, S. 9-10) erneut auf die Tagesordnung gesetzt.

Im Zuge dieser Diskussion haben sich in der Demokratietheorie seit den 1990er Jahren konzeptionelle Veränderungen vollzogen. Die demokratietheoreti- sche Diskussion wurde nach 1989 nicht mehr allein von der klassischen

akteurzentrierten Frage „Wer?“ im Sinne von „Wer regiert?“ und „Wer nimmt teil?“ bestimmt – und damit auch nicht mehr vorrangig von den bekannten Konfliktlinien zwischen elitenorientierten und partizipativen Ansätzen aus den 1970er Jahren geprägt. Vielmehr trat bei der Demokratisierung der Demokratie die Frage nach dem „Wie?“ einer legitimen demokratischen Selbstbestimmung von freien und gleichen Bürgerinnen und Bürgern in einer veränderten Welt stärker ins Bewusstsein. Bei der Suche nach Antworten auf diese Frage nach der prozeduralen Legitimität des demokratischen Prozesses hat sich in der Demokratietheorie eine Wende vollzogen, die dann am Ende der 1990er Jahre nicht ohne Grund als „*deliberative turn*“ bezeichnet worden ist (Dryzek 2000, S. 1). Denn im Zuge dieser Wende ist die Idee „deliberativer Demokratie“ in den 1990er Jahren immer stärker ins Zentrum der demokratietheoretischen Diskussion gerückt (Elster 1998, S. 1).

Dabei hat sich zwar relativ rasch nicht nur in der praktischen Demokratiepoltik, sondern auch in der Demokratietheorie eine interne Ausdifferenzierung der grundlegenden Idee in unterschiedliche Modelle deliberativer Demokratie ergeben. Diese Modelle weisen im Hinblick auf ihre kategoriale Grundlegung und normative Akzentuierung, ihre empirischen Bezüge und praktischen Perspektiven bei genauerer Betrachtung erkennbare Unterschiede auf. Gleichwohl hat die Idee deliberativer Demokratie als solche in den 1990er Jahren schrittweise den Status eines weithin anerkannten Referenzpunktes erhalten, um den man seither bei ernsthaftem intellektuellen Bemühen um normativ gehaltvolle vernünftige Antworten auf die demokratische Frage nicht mehr so ohne Weiteres herumkommt.

Damit wird diese Idee in der Folge zu einem zentralen theoretischen Bezugspunkt, wenn neue Herausforderungen der Demokratie auftauchen und die Frage nach ihrer legitimen demokratischen Bewältigung gestellt wird. Auch die Anhänger dieser Idee, die seit dem „*deliberative turn*“ vielfach kurz als „*deliberative democrats*“ bezeichnet werden, standen und stehen somit vor der Herausforderung, die vielfältigen gesellschaftlichen und politischen Veränderungen, die sich seit den 1990er Jahren vollzogen haben und weiter vollziehen, im Rahmen dieser Konzeption auf theoretisch überzeugende Art und Weise zu reflektieren. Das gilt insbesondere dann, wenn sich aus diesen theoretischen Reflexionen auch handlungsorientierende Perspektiven für die praktische Demokratiepoltik ergeben sollen.

Mit der Fokussierung der demokratietheoretischen Diskussion auf die Idee deliberativer Demokratie hat auch die Zahl ihrer Kritiker zugenommen. So wurden bald auch die Zweifel derer wieder lauter, die der Idee immer schon skeptisch gegenüber standen oder doch zumindest im Geiste an einem anderen Demokratiemodell festhielten. Dabei wuchsen Infragestellung und Kritik am grund-

legenden Ansatz deliberativer Demokratie nicht zuletzt in dem Bereich der Probleme, mit dem sich ihre Vertreterinnen und Vertreter von jeher besonders auseinandergesetzt haben: Legitimität (Dryzek 2010, S. 21).

Zwei Jahrzehnte nach der „deliberativen Wende“ erscheint die Idee einer deliberativen Demokratie indessen nicht zuletzt aus der Sicht eines Teils der jüngeren Generation von Politikwissenschaftlerinnen und Politikwissenschaftlern immer noch als „*dominant*“ – ein Umstand, der angesichts der ansonsten auch in der Wissenschaft zu beobachtenden kurzen Halbwertszeiten von Ideen und theoretischen Konzepten erstaunlich und insoweit auch erklärungsbedürftig ist. Zumindest für einen Teil der jüngeren Generation lässt sich die anhaltende „Dominanz deliberativer Theorien in der aktuellen demokratietheoretischen Diskussion ... mit den großen Versprechen erklären, die diese mit sich bringen.“ (Landwehr 2011, S. 1) Dass hier offenbar ein fortdauernder Stein des Anstoßes im Feld der Politikwissenschaft liegt, zeigt sich auch daran, dass die Sektion Politische Theorie und Ideengeschichte kurz nach einer Veranstaltung über „Das Versprechen der deliberativen Demokratie“ auf dem letzten wissenschaftlichen Kongress der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft gleich auf ihrer nächsten Tagung noch einmal ausführlicher auf diese Idee einging, wenn auch in etwas anderer Akzentuierung: Die deliberative Demokratie erscheint danach allerdings nicht mehr als Theorie, die ein Versprechen mit sich bringt, sondern als eine Idee, die „in der Bewährungsprobe“ steht (Landwehr/Schmalz-Bruns 2012).

Während die Verweise auf vermeintliche „große Versprechen“ der deliberativen Demokratie angesichts der Ausgangspunkte und Geschichte dieser Idee unmittelbar zu einigen kritischen Nachfragen Anlass geben (2), scheint die Metaphorik der „Bewährungsprobe“ zwar deutlich nüchterner, wirft auf den zweiten Blick aber ebenfalls eine Reihe von Fragen auf: Worum soll es bei der Bewährungsprobe gehen? Welcher Probestein soll hier zur Bewährung ins Feld der deliberativen Demokratie gerollt werden (3)?

2 Deliberative Demokratie – ein Versprechen?

Ob der Ausgangsbefund richtig ist, ob also „deliberative Ansätze“ in der internationalen Demokratietheorie tatsächlich mittlerweile so „*dominant*“ sind, wie das in neueren Lehrbüchern unterstellt wird (Landwehr 2012, S. 375), in welchen Bereichen und in welcher Hinsicht sich diese *Dominanz* der deliberativen Demokratietheorien zeigt, das kann hier nicht näher anhand von einschlägigen Indikatoren der empirischen Wissenschaftsforschung untersucht werden. Offenbar nimmt aber zumindest ein Teil der jüngeren Generation in der deutschen Politikwissenschaft Ansätze einer „deliberativen Demokratie“ als dominant wahr und

zeichnet auf der Grundlage dieser Wahrnehmung ein Bild der demokratietheoretischen Landschaft, das von „der derzeitigen Hegemonie deliberativer Ansätze“ geprägt ist (Jörke 2010, S. 270). Was Vertreter der älteren Generation indessen zu kritischen Nachfragen und zu Widerspruch herausfordert, das ist zunächst einmal das Erklärungsangebot, das für die „deliberative Wende“ und die „Dominanz“ deliberativer Demokratietheorien unterbreitet wird. Die Erklärung für die Dominanz deliberativer Theorien in der Demokratietheorie, so heißt es da knapp und bündig, sei in ihren „*großen Versprechen*“ zu suchen: „Die Dominanz deliberativer Theorien in der aktuellen Diskussion lässt sich mit den großen Versprechen erklären, die diese mit sich bringen. So versprechen deliberative Demokratietheorien – in unterschiedlicher Weise und in unterschiedlichem Maße – nicht nur eine gegenüber reinen Mehrheitsentscheidungen höhere Legitimität von Entscheidungen durch Deliberation, sondern auch eine höhere Qualität von Entscheidungen, welche auf der Grundlage interaktiver Rechtfertigung die Vermutung höherer Vernünftigkeit oder Gerechtigkeit für sich reklamieren können.“ (Landwehr 2011, S. 1)

Für Angehörige einer Generation, in deren Studienjahren ganz andere Demokratietheorien in der Politikwissenschaft im Vordergrund standen, erscheint die Entwicklung der deliberativen Demokratietheorie in einem etwas anderen Licht. Den Ausgangspunkt bildet auch bei dieser etwas längerfristig angelegten Perspektive die Sprache. Was mit der Hinwendung zur deliberativen Demokratie theoretisch zuerst zum Ausdruck gebracht wurde, war allerdings nicht als Versprechen gemeint, sondern als Kritik. Die *Kritik* war zunächst und zuvorderst Kritik an „aggregativen“ Demokratiemodellen, insbesondere an Theorien, die politische Prozesse nach Markt-Modellen und unter Zugrundelegung von ökonomischen Verhaltensannahmen modellieren. Sie war Kritik an den konzeptionell bedingten „blinden“ Flecken und an den mehr oder weniger impliziten normativen Prämissen dieser aggregativen Demokratiemodelle. Dazu gehören nicht nur die meist ungeprüft als „evident“ unterstellten Deutungen von Ursache-Wirkungs-Zusammenhängen, sondern insbesondere auch die in ihrem Entstehungszusammenhang „unbefragten“ und als „externe“ (Roh-)Daten vorausgesetzten Präferenzen der Akteure. Dabei richtete sich die Kritik sowohl gegen die konzeptionell bedingte und methodologisch induzierte Ausblendung der Frage nach der Genese dieser Präferenzen als auch gegen die normativ geforderte kategoriale Abschirmung der jeweils vorgefundenen und wie auch immer entstandenen Ausprägungen dieser Präferenzen gegen jegliche Infragestellung – eine Abschirmung, die meist mit dem Hinweis auf einen andernfalls drohenden, moralisch unzulässigen „Paternalismus“ derjenigen begründet wurde, die es wagen sollten, zur Ausprägung und zur Entstehung der jeweils vorgefundenen „beliefs“ und „preferences“ kritische Fragen zu stellen. Neben der Kritik an dem *Ökono-*

mismus der Markt- und Verhaltensmodelle, mit deren Hilfe der politische Prozess konzeptualisiert wurde, galt diese Kritik – systematisch gesehen – damit auch einem methodologisch induzierten oder explizit normativ gewendeten *Positivismus*, der sich affirmativ gegenüber den je gegebenen Ausprägungen der Präferenzen als Rohdaten und unkritisch gegenüber ihren Entstehungs- und Verwendungszusammenhängen verhält.

Darüber hinaus ergibt sich in Bezug auf die Frage nach der Legitimität mit der deliberativen Wende eine spezifische prozedurale Akzentsetzung in der klassischen demokratischen Kritik an der Regelung öffentlicher Angelegenheiten nach Wunsch und Willkür von Machthabern und Herrschern. „Irgendwie“ getroffene Entscheidungen, ohne nachvollziehbare Begründung vor sich selbst und vor allem ohne öffentliche Rechtfertigung gegenüber denjenigen, die der Entscheidung direkt unterworfen oder indirekt von ihr betroffen sind, sind danach grundsätzlich nicht (mehr) akzeptabel. „Weil es den Entscheidungsträgern so gefällt“, reicht als Antwort auf die Frage nach der Legitimität einer verbindlichen Entscheidung nicht mehr aus. Diese Kritik am *Dezisionismus* von Entscheidungsträgern richtete sich jetzt allerdings nicht nur gegen Monarchen oder Oligarchen, Autokraten oder Eliten, also gegen die Herrschaft von Einzelnen oder Wenigen, sondern auch gegen „irgendwie“ zustande gekommene Mehrheitsentscheidungen der Vielen. Sie war insoweit auch als Kritik an der Vorstellung von Demokratie als reiner Mehrheitsherrschaft zu verstehen, die sich bei Fragen nach ihrer Legitimität lediglich auf das bloße Faktum einer mehrheitlich getroffenen Entscheidung beruft.

Dass eine in diesem Sinne dezisionistisch gewendete Interpretation des grundlegenden prozeduralen Legitimationsprinzips moderner Demokratietheorien angesichts von qualitativ veränderten Entscheidungsmaterien mit ungeklärten Breiten- und Langzeitwirkungen keine überzeugende Antwort auf die Legitimationsprobleme von weitreichenden Entscheidungen etwa in der Umwelt- oder Technologiepolitik darstellt, hatte schon die Diskussion über die „*Grenzen der Mehrheitsdemokratie*“ (Guggenberger und Offe 1984) gezeigt, die Mitte der 1980er Jahre in der Bundesrepublik angesichts drohender eskalierender Konflikte vor Ort entstand. Auf der Ebene praktischer Politik war in diesen Politikfeldern eine Situation entstanden, in der es zwar immer wieder „Entscheidungen“ demokratisch gewählter Entscheidungsträger gab, aber nach einhelliger Feststellung von Beobachtern wie Beteiligten keine „Lösung“ der Probleme oder auch nur eine „Regelung“ der entstandenen Konflikte, die zur Befriedung der anhaltenden Auseinandersetzungen hätte führen können. Angesichts solcher bald auch in anderen Politikfeldern konstatierten Konflikte und „Entscheidungsblockaden“ rückten bei einer Ausweitung des politischen Blicks von den entscheidenden Abstimmungen auf den politischen Prozess im Ganzen nun insbesondere die

Prozesse der *Meinungs- und Willensbildung* stärker ins Zentrum der Aufmerksamkeit. Aus der Sicht praktisch handelnder politischer Akteure wurde klar: Wo mehrheitlich getroffene Entscheidungen nach erfolgter Abstimmung nicht mehr einfach umgesetzt werden konnten, musste zumindest bei Problemen mit längeren Laufzeiten neu nachgedacht werden – nicht nur darüber, wie entscheidende Mehrheiten in Abstimmungen zu gewinnen waren, sondern auch darüber, wie die gesellschaftlichen und politischen Meinungs- und Willensbildungsprozesse, die solchen Entscheidungen in etablierten Institutionen vor- und nachgelagert sind, so gestaltet werden können, dass die nötige politische Handlungsfähigkeit insgesamt gewahrt bleibt oder wieder hergestellt werden kann. Nicht nur die Entscheidungsfähigkeit, sondern auch die Art und Weise der Meinungs- und Willensbildung wird damit selbst zum Gegenstand von praktischer Verfahrens- und Institutionalisierungspolitik und theoretischer Reflexion.

Im Hinblick auf die Frage nach der demokratischen Legitimität ergab sich auch aus wissenschaftlicher Sicht eine Diagnose, die auf deutliche Grenzen eines vielfach als selbstverständlich unterstellten entscheidungszentrierten Verständnisses einer „Mehrheitsdemokratie“ verweist. Soviel war klar geworden: Mit einer mehrheitlich getroffenen Entscheidung allein waren die Aufgaben der politischen Problembearbeitung und gesellschaftlichen Konfliktregelung in immer mehr umstrittenen Politikfeldern weder wirksam noch auf demokratisch legitime Art und Weise zu bewältigen. Zwar erschien das Mehrheitsprinzip aus theoretischer Sicht weiterhin in der Regel als das kollektive Entscheidungsverfahren, zu dem es im Normalfall formal geregelter und institutionalisierter demokratischer Politik keine praktikable Alternative gibt. Allerdings waren damit die in andauernden Streitfällen auftauchenden Fragen zu den jeweiligen Voraussetzungen und zur Ausgestaltung dieses Entscheidungsverfahrens noch nicht beantwortet: Wer soll was für wen in welchen Fristen und für welche Zeiträume nach welchem Verfahren entscheiden? Und wie sind die Meinungs- und Willensbildungsprozesse zu strukturieren, die solchen Verfahrensentscheidungen vorausgehen? Zugleich wurde damit auch auf der theoretischen Ebene deutlich, was sich schon auf der Ebene der praktischen Politik gezeigt hatte: Es gibt nicht nur in zeitlicher, sondern auch in systematischer Hinsicht einen gut begründeten Vorrang der Reflexion vor der Entscheidung – und der verweist in kollektiven Handlungszusammenhängen auf den Vorrang der Meinungs- und Willensbildung vor der Abstimmung in formal geregelten Entscheidungsverfahren.

Darüber hinaus hatte die Diskussion über die Geltungsbedingungen von aktuell zustande gekommenen Mehrheitsentscheidungen in einigen Konfliktfeldern mit weitreichenden gesellschaftlichen Implikationen auch dazu geführt, dass die Frage nach der Rechtfertigung des Mehrheitsprinzips als demokratischem Entscheidungsverfahren selbst noch einmal grundsätzlich auf die Agenda

von Politik und Wissenschaft gesetzt wurde. Auf dieser *Metaebene* zeigte sich unter Vergegenwärtigung von ideengeschichtlichen Argumentationsbeständen bei näherer Betrachtung relativ schnell, dass die Wahl dieses Entscheidungsverfahrens im Hinblick auf seine Legitimität in aktuellen Konflikten nicht einfach direkt aus der anerkannten Geltung der beiden demokratischen Grundwerte Freiheit und Gleichheit oder aus dem Prinzip der Volkssouveränität „abzuleiten“ ist.

Auch mit dem Hinweis auf die unterstellte inhaltliche „Wahrheit“, „Richtigkeit“ oder „Vernünftigkeit“ lässt sich das Entscheidungsrecht der Mehrheit im Kontext einer pluralistischen Gesellschaft selbst nicht gut begründen. Vielmehr wuchs in dieser Diskussion die Erkenntnis, dass die Legitimität von mehrheitlichen Entscheidungen nicht zuletzt davon abhängt, wie die Meinungs- und Willensbildungsprozesse gestaltet sind, in deren Verlauf sich die Mehrheiten herausbilden, die dann in formalen Abstimmungen zum Tragen kommen und Verbindlichkeit erhalten. So wird bei der Suche nach einer Antwort auf die Frage nach der Legitimität des Mehrheitsprinzips deutlich, dass dieses Entscheidungsverfahren nicht isoliert für sich genommen, sondern nur als integraler Bestandteil von offenen demokratischen Prozessen im Rahmen einer insgesamt als legitim anerkannten politischen Ordnung zu rechtfertigen ist (Saretzki 1984).

Mit diesem Schritt hatte die Diskussion in prozeduraler Hinsicht eine metapolitische Ebene erreicht, auf der die Frage nach dem jeweils angemessenen und legitimen Entscheidungsverfahren und seiner je spezifischen Ausgestaltung nicht einfach nur zu entscheiden, sondern die denkbaren Optionen allererst selbst zu begründen und etwaige Prioritätensetzungen im Rahmen einer demokratischen Meinungs- und Willensbildung öffentlich zu rechtfertigen waren. Rainer Schmalz-Bruns (1995, S. 164) hat auf das damit aufgeworfene und in der Diskussion schrittweise entfaltete „Problem einer notwendigen qualitativen und metapolitischen Zuspitzung der Idee demokratischer Selbstbestimmung“ mit einem „*Modell der reflexiven Demokratie*“ reagiert. Dieses „läuft darauf hinaus, dem demokratischen Prozeß insgesamt eine reflexivere Gestalt zu geben, die jeweils spezifizierte Antworten auf die Grundfragen nach dem ‚Wer‘ der Beteiligung, dem ‚Wie‘ des Problemlösungs- und Entscheidungsverfahrens und dem ‚Was‘ der legitimen Reichweite politischer Entscheidungen erlauben“ (Schmalz-Bruns 1995, S. 163). Diese reflexive Konzeptualisierung begründet nicht nur den Bezugspunkt für eine Kritik an „aggregativen“, „realistischen“ und „liberalen“ Demokratiemodellen. Sie schafft auch eine konzeptionelle Grundlage für kritische Anfragen an deliberative Demokratietheorien, etwa an das „Belagerungsmodell“, das Habermas (1992) bei seinem spezifischen Entwurf einer deliberativen Politik zugrunde gelegt hat (Schmalz-Bruns 1995, S. 17-19, 102-120). Solche spezifisch angelegten theoretischen Konzeptionen zur Interpretation und praktischen Ausgestaltung der Idee deliberativer Politik können in einem solchen

Bezugsrahmen also selbst noch einmal der kritischen Reflexion unterzogen werden. Sie stehen dann sowohl auf der Ebene der praktischen Demokratiepoltik wie auf der Ebene der Demokratietheorie keineswegs jenseits der politischen oder politikwissenschaftlichen Kritik.

Vielmehr haben wir es bei der Diskussion um die deliberative Demokratie – wie bei vielen anderen Prozessen konzeptionellen Wandels auch – mit einer Situation doppelter Kritik zu tun, in der „deliberative Demokratie“ sowohl aus einer Kritik hervorgegangen ist als auch zum Objekt von Kritik gemacht wird. Die „deliberative Wende“ in der Demokratietheorie ist einerseits selbst aus der grundlegenden Kritik an anderen, insbesondere aggregativen Demokratiemodellen entstanden. Ihre Anwälte sehen sich dann aber nicht nur grundsätzlichen alten Einwänden durch die Repliken der Vertreter dieser kritisierten aggregativen Modelle ausgesetzt, sondern auch mit neuen Einwänden durch die Vertreter ganz anderer (etwa „agonaler“ oder „postmoderner“) Demokratietheorien konfrontiert. Hinzu kommen inzwischen noch (selbst-) kritische Bedenken derjenigen, die im Zuge der Ausdifferenzierung und praktischen Ausgestaltung der Idee deliberativer Demokratie einerseits bisher wenig berücksichtigte Schwächen „deliberativer Ansätze“ ausgemacht haben oder andererseits (etwa in der bereits von Rainer Schmalz-Bruns formulierten Perspektive) unausgeschöpfte Potentiale einer weitergehenden Demokratisierung deliberativer Politik entdecken. Diese Situation von *Kritik*, *Gegenkritik* und *Selbstkritik* lässt sich indessen nicht angemessen in einem Bild erfassen, demzufolge die Vertreterinnen und Vertreter einer deliberativen Demokratie versucht hätten, die vor ihrem Aufstieg „dominierenden“ oder später entwickelten Demokratiemodelle nun in einer Art Wettbewerb durch „große“ Versprechen auszustechen oder gar durch größere Versprechen zu übertrumpfen. Vielmehr bleibt die Kritik an aggregativen Demokratiemodellen und ihren Leerstellen und Einseitigkeiten der Ausgangspunkt für die Ansätze der deliberativen Demokratietheorien.

So lässt sich schon der Text, in dem der Begriff der deliberativen Demokratie nach dem gegenwärtigen Stand der ideengeschichtlichen Forschung zum ersten Mal auftaucht, schwerlich als Versprechen, sondern eher im Sinne der oben angesprochenen Kritik an einem bestimmten Verständnis der Mehrheitsregel im Rahmen einer demokratischen politischen Ordnung lesen: Joseph Bessette (1980) geht in seinen Überlegungen zur „*Deliberative Democracy*“ von der Frage nach der Rolle des Mehrheitsprinzips und seiner Einbettung in eine republikanische Regierungsform am Beispiel der amerikanischen Verfassung aus. Er konturiert sein Konzept nicht nur „in sharpest contrast to ‚aristocratic‘ or ‚elitist‘ interpretations of the Constitution“, sondern auch *als kritisches Korrektiv* zu anderen seinerzeit prominenten demokratischen Interpretationen der Verfassung.

Als kritik- und korrekturbedürftig erscheinen dabei insbesondere solche

Interpretationen, die annehmen, dass die Verfolgung gegebener Einzel- oder Gruppeninteressen innerhalb der konstitutionellen Grenzen mehr oder weniger automatisch zur Förderung des Gemeinwohls führt, und die eine demokratische Problemlösung und Konfliktregelung im politischen System vor allem durch Koppelgeschäfte und Kompromisse zwischen Interessengruppen erwarten. Kritisiert werden außerdem solche Ansätze, die das in der Verfassung angelegte demokratische Prinzip im Wesentlichen auf das Recht der Bürger zur Wahl ihrer Führer reduzieren, ohne dabei den Zusammenhang mit der politischen Problembearbeitung zu berücksichtigen (Bessette 1980, S. 112-113).

Auch in den meisten anderen prominenten Texten, die am Anfang des Weges zur „deliberativen Wende“ stehen, wird nicht auf Versprechen recurriert. Joshua Cohen (1989) geht in seinem viel zitierten Entwurf einer „ideal deliberative procedure“ von einem intuitiven Ideal aus und skizziert die Anforderungen, die sich daraus für eine Institutionalisierung dieses idealen Verfahrens ergeben. Cohens (1989, S. 21) „formal conception of deliberative democracy“ soll u.a. zur Urteilsbildung über Unterschiede der deliberativen Demokratie zu kollektiven Entscheidungsverfahren wie Verhandlungen, Vertragsschlüssen und anderen marktförmigen Interaktionen beitragen, theoretische Zusammenhänge mit weiteren normativen Vorstellungen einer demokratischen Assoziation (wie Autonomie und Gemeinwohl) expliziter machen und die nachvollziehbare Diskussion von Einwänden gegen seine Konzeption ermöglichen (Cohen 1989, S. 17). Systematisch gesehen endet Cohen (1989, S. 32) aber erklärtermaßen mit *normativen Anforderungen* („requirements“), nicht mit Versprechen. Das gilt auch für Jürgen Habermas (1992, S. 358-366, 1996, S. 277-292), der seinen Begriff deliberativer Politik von zwei anderen Demokratiemodellen abgrenzt, einem „realistisch“ geprägten liberalen und einem „kommunitaristisch“ eingefärbten republikanischen Modell, ohne dass bei dieser Kontrastierung unterschiedliche „Versprechen“ in Analyse oder Bewertung eine Rolle spielen. Amy Gutmann und Dennis Thompson (1996) stellen in ihrem viel zitierten Buch aus der frühen Phase der Diskussion um deliberative Demokratie (vgl. Macedo 1999) ebenfalls den mehrfach erwähnten Gegensatz zu Modellen einer aggregativen Demokratie ins Zentrum ihrer theoretischen Selbstverortung. In ihrem Buch ist dann zwar explizit von „Versprechen“ die Rede. Freilich sehen Gutmann und Thompson solche Versprechen in erster Linie bei den utilitaristischen Theorien, denen es aus ihrer kritischen Sicht nicht gelingt, moralisch bedeutsame Konflikte angemessen auf demokratische Art und Weise zu lösen: „The promise of utilitarianism“, mit Hilfe von wohlfahrtsökonomischen Kalkulationen auf der Basis des Nutzenprinzips moralische Konflikte in politischen Auseinandersetzungen auflösen zu können, lässt sich nach der ausführlichen Kritik von Gutmann und Thompson (1996, S. 165-198) gerade nicht halten. Dies führt Gutmann und

Thompson im nächsten Schritt dann allerdings nicht dazu, nun die eigene Antwort auf die selbst gestellte Frage „Warum deliberative Demokratie?“ ihrerseits so zu begründen, dass sie im Sinne eines „Versprechens“ auf erwartbare höhere Legitimität zu verstehen wäre (Gutmann und Thomson 2004, S. 1-63). Auch bei Gutmann und Thompson sind es nicht Versprechen, sondern normative Prinzipien (wie Reziprozität, Publizität und Zurechenbarkeit) und die daraus abgeleiteten normativen Anforderungen, die das Konzept deliberativer Demokratie auszeichnen.

Diese Liste von Fehlanzeigen ließe sich bei einem ausführlichen Durchgang durch andere grundlegende Texte der „deliberativen Wende“ in der Demokratietheorie fortsetzen. Bei der Suche nach einer theoretischen Begründung der Idee deliberativer Demokratie durch große Versprechen wird man nicht recht fündig werden. Und dafür gibt es einen einfachen Grund: Es geht diesen Autorinnen und Autoren nämlich zunächst einmal nicht um mehr oder weniger große Versprechen über wünschenswerte positive Folgen eines „deliberative turn“, sondern um Kritik an den Prämissen und Funktionsmechanismen aggregativer Demokratietheorien. Aus dieser Kritik ergeben sich dann im nächsten Schritt Forderungen nach einer inklusiven demokratischen Meinungs- und Willensbildung, die sich dezidiert nicht als bloße *Aggregation*, sondern als reflektierte *Bildung* einer öffentlichen Meinung und eines demokratischen Willens im Sinne einer wechselseitigen Aufklärung von Freien und Gleichen über das vernünftigerweise von ihnen zusammen in der Politik Gewollte und Gesollte sowie das Mögliche und Erreichbare versteht. Dieses konzeptionelle Anliegen war zunächst als Explikation der Prinzipien und Normen eines idealen demokratischen Verfahrens formuliert oder als Rekonstruktion der normativen Orientierung eines demokratischen Verfassungsentwurfes angelegt. Es wurde dann im Gegenzug von demokratietheoretischen Ansätzen, die sich als „realistisch“ verstehen, als „idealistisch“ kritisiert.

Dabei findet sich in der Rezeption auch immer wieder eine spezifische Lesart der subjektiven Prämissen einer deliberativen Demokratie im Werk von führenden Theoretikern nach einem verwandten klassischen Schema, das „Realismus“ mit „Optimismus“ kontrastiert. Mit der Zuschreibung einer „*optimistischen*“ Position geht dann unter den Bedingungen real existierender Gegenwartsgesellschaften zugleich die Vermutung einher, dieser Autor würde seinen theoretischen Entwürfen allzu optimistische Prämissen zugrunde legen. So heißt es etwa in einem Lehrbuchkapitel über John Dryzek als Vertreter der deliberativen Demokratietheorie am Ende der Darstellung: „Dryzek ist also – und diese Haltung zieht sich durch sein gesamtes Werk – überaus optimistisch, was die Voraussetzungen, aber auch die Auswirkungen von Deliberationen angeht“ (Landwehr 2012, S. 369-370). Dryzek weise „der Deliberation erhebliche Prob-

Deliberative Kritik - Kritik der Deliberation

Festschrift für Rainer Schmalz-Bruns

Flügel-Martinsen, O.; Gaus, D.; Hitzel-Cassagnes, T.;

Martinsen, F. (Hrsg.)

2014, VIII, 368 S., Softcover

ISBN: 978-3-658-02859-6